



Nr. 66. Abend-Ausgabe.

Zweihundertsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Dienstag, den 27. Januar 1891.

Das Sperrgeldergesetz.

Berlin, 26. Januar.

Das Sperrgeldergesetz ist in eine Commission verwiesen worden, während die entschiedenen Feinde desselben ihm dadurch ein Begräbnis bereiten wollten, daß sie es im Plenum ablehnten. Möglich ist, daß in der Commission noch irgend eine Aenderung daran vorgenommen wird, welche denen eine Rückzugsschürze bauen soll, die sich mit so grossem Eifer dagegen erklärt haben. Die Wahrscheinlichkeit spricht, nachdem die Verweisung in eine Commission erfolgt ist, dafür, daß nun auch etwas zu Stande kommt. Möglich ist es, daß die kleine Stimmenzahl der Freisinnigen diesmal den Ausschlag giebt.

Niemand denkt im Ernst daran, die auf Grund des Sperrgeldergesetzes aufgesammelten Gelder der Kirche endgültig vorzuenthalten. Nachdem der ganze Bau der Falschen Gesetze Stück für Stück abgetragen worden ist, ist die Beseitigung dieses Trümmerstückes aus der Culturkampfzeit eine logische Notwendigkeit. Der ganze Gegenstand des Streites drängt sich auf die Frage zusammen, ob man der Kirche das Capital zurückgeben soll, oder ob man sie in Beziehung auf die Aufbewahrung und Verwaltung des Capitals bevormunden und ihr nur die jährlichen Zinsen zahlen soll. Und diese Frage ist von so geringfügiger Bedeutung, daß der darüber entstandene Streit schwer zu begreifen ist.

Da nun einmal die Vorenthalten der Sperrgelder ein Gegenstand ist, der geeignet ist, die Gemüther zu erhitzen, liegt es im Interesse der Regierung, ihn zur Erledigung zu bringen, und es giebt wahrscheinlich Niemanden, der nicht bedauert, daß nicht die ganze Sache schon in vorigen Jahre erledigt ist, und jetzt wieder neue Aufruhr hervorruft.

Die Regierung hat Unrecht gehabt, den Gesetzentwurf nicht schon im vorigen Jahre in der Gestalt vorzulegen, welche sie gegenwärtig für zulässig hält. Die vorsährige Majorität hat Unrecht gehabt, den Gesetzentwurf nicht auch in der Form anzunehmen, in welcher die Regierung ihn vorgelegt hatte. Jeder andere Ausgang der Sache wäre besser gewesen, als eine Verzögerung und die dadurch erneut hervorgerufene Discussion.

Die Majorität hat den vorjährigen Entwurf, mit welchem sie im Übrigen einverstanden war, lediglich aus dem Grunde abgelehnt, weil das Centrum zu demselben kein hinreichend dankbares und vergnügt Gesicht mache. Jetzt macht zu den veränderten Entwürfe das Centrum ein überaus vergnügt Gesicht und nun lehnt die Majorität wiederum ab, weil ihr das Centrum allzu vergnügt ist.

Als im Mai 1880 die Culturkampfgesetze zum ersten Male gebilligt wurden, lehnte das Centrum die Vorlage auch ab, weil ihr dieselbe nicht genug bot. Die Nationalliberalen ließen sich durch dieses Mißvergnügen nicht abhalten, für die Vorlage zu stimmen, und es war inconsequent von ihnen, daß sie im vorigen Jahre auf die Stimme des Centrums so viel Gewicht legten.

Daß der Sieg, den das Centrum erzielt, ein sehr unbedeuterter ist, gebe ich gern zu, aber wer trägt die Schuld, daß der Culturkampf unüberlegt begonnen und durch einen nicht ehrenvollen Frieden beigelegt ist?

Deutschland.

Berlin, 26. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Leibarzt Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, Ober-Stabsarzt erster Klasse Dr. Junfer den Roten Adler-Orden vierter Classe und dem stellvertretenden Schlossparrer, Consistorialrat Pfarrer Dryander das Kreuz der Ritter des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den ständigen Hilfsarbeitern im Auswärtigen Amt Dr. Lehmann und von König den Charakter als Legationsrath verliehen.

Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzt Dr. med. Steppuhn

zu Deutsch-Gylau den Charakter als Sanitätsrath, dem Charité-Registrator Büge in Berlin den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Dem Assistenz-Arzt bei der Ersten medicinischen Klinik der Universität Berlin, Stabsarzt am medicinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Institut Dr. Rudolf Meyers ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden. (Reichs-Anz.)

Berlin, 26. Januar. [Tages-Chronik.] Ueber die Lage der Rezessgesetze im Abgeordnetenhaus wissen die „Berl. Pol. Nachr.“ Folgendes zu berichten: Das Einkommensteuergesetz ist bis auf die Wahlstage in zweiter Lesung von der Commission vollendet; letztere wird voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag zum Abschluß gelangen. Der Bericht wird inzwischen vorbereitet, so daß die Vorlage Mitte Februar im Plenum in zweiter Lesung berathen werden kann. Nicht ausgeschlossen erscheint es freilich, daß der Abschluß sich um einige Zeit verzögert, falls etwa der Wahlrechtsparagraph in den für Verfassungsänderungen vorgeesehenen Formen beschlossen werden muß. Auch in diesem Falle würde aber das Herrenhaus nach seiner bisherigen Praxis die Vorlage in der 21-tägigen Frist zwischen der ersten und zweiten Abstimmung commissarisch vorberathen lassen können. — Das Gewerbesteuergesetz ist in der Commission ganz durchberathen, der Bericht wird in naher Zeit erstattet werden können, so daß diese Vorlage vielleicht noch vor der Einkommensteuer-Vorlage im Plenum zur Berathung gelangen wird. Bei beiden Vorlagen sind zwar Einzeländerungen im Plenum nicht ausgeschlossen, die Stimmenverhältnisse in der Commission berechtigen aber zu der Erwartung, daß wesentliche, der Regierung unannehbare Abweichungen von den Commissionsvorschlägen nicht beschlossen werden dürfen. — Die Landgemeindeordnung ist in der Commission in erster Lesung abgeschlossen. Die Beschlüsse sind redigirt, der Bericht wird vorbereitet, es ist eine volle Verständigung zwischen der Regierung und den conservativen Parteien über die strittigen §§ 2 und 126 erzielt.

— Die Berathung des Volksschulgesetzes ist zwar noch weiter zu fördern, allein die schwierigsten Abschnitte, das Verhältniß der Schule zur Kirche und das Verhältniß der Staatsaufsicht zur kommunalen Selbstverwaltung, sind mit großer Mehrheit festgestellt. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß auch das Volksschulgesetz noch in dieser Tagung des Landtages zum Abschluß gelangt. Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ melden, ist nun auch die national-liberale Partei dem zwischen der Regierung und den Conservativen betreffs der Landgemeinde in den abgeschlossenen Compromisse beigetreten. Die vereinbarte Fassung beider Paragraphen wird demgemäß für die zweite Lesung der Vorlage in der Commission als gemeinsamer Antrag der conservativen, freiconservativen und nationalliberalen Mitglieder eingebraucht werden.

Von privater Seite sind die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten erachtet worden, Maßnahmen zu treffen, wodurch es ermöglicht wird, die von deutschen Gerichten abgenommenen Offenbarungssätze regelhaft zu veröffentlichen. Das Gesetz hat wenig Anfang gefunden. Bis zum Ende des vergangenen Jahres hatten bereits dreizehn deutsche Staatsregierungen einen ablehnenden Bescheid ertheilt.

Die Volksschulgesetzung des Abgeordnetenhauses trat Sonnabend Abend nach Erledigung des siebten Abschnitts in die Berathung des dritten Abschnitts der Vorlage ein (Verwaltung der Schulangelegenheiten in Gemeinden). Zu § 54 lag ein Antrag des Abgeordneten Kintelen (Centrum) vor, welcher bei confessionell eingerichteten Schulen für die Schüler einer jeden Confession die Bildung eines besonderen Schulvorstandes, zusammengefaßt aus dem Ortsgeistlichen, dem Gemeindevorstand, einem Mitgliede der Gemeindewertheter und mindestens zwei Vertretern der der betreffenden Confession angehörigen Hausväter vorstieg. Minister v. Goßler hält die Ausführung einer solchen Bestimmung in Städten nicht für möglich, weist auch darauf hin, daß die confessionellen Interessen durch die Bestimmungen des § 75 (technische Mitglieder des Schulvorstandes) gewahrt sind. Der Antrag wurde darauf abgelehnt und § 54, sowie § 55 (Verwaltung der Schulangelegenheiten in Gutsbezirken) nach der Regierungsvorlage angenommen. Zu § 58 (Schulausschuß) wurde auf Antrag der conservativen Mitglieder

Absatz 5 folgendermaßen gefaßt: „Die Zahl der von den Verbandsmitgliedern zu entsendenden Vertreter und das von diesen einzuräumende Stimmrecht werden unter Zugrundelegung der Höhe der von den einzelnen Verbandsmitgliedern zu den Schulen aufzubringenden Beiträge durch das Verbandsstatut bestimmt.“ Am Stelle der §§ 60 bis 63 wurde folgende vom Abg. Bartels (conf.) vorgelegte Fassung genehmigt: „Der Schulausschuß beschließt über die Ausbringung der Mittel, insbesondere auch über die Aufnahme von Leihen und vertheilt die hierauf erforderlichen Ausgaben auf die Verbandsmitglieder. Der Schulausschuß stellt den Schulhaushalt fest, welcher für mehrere Jahr festgestellt werden kann.“

[Die Militärische Gesellschaft.] Am 24. d. Mts. Abends versammelten sich, wie alljährlich am Geburtstag Friedrichs II., die Mitglieder der Militärischen Gesellschaft zu Berlin in dem großen Saale der Kriegssakademie, um in feierlicher Vereinigung des großen Monarchen zu gedenken. Auch der Kaiser erschien in der Versammlung. Das inactive Offiziercorps, sowie andere wissenschaftliche Vereinigungen waren in größerer Anzahl vertreten. Major v. Möller, vom Nebenamt des Großen Generalstabs und à la suite des 3. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 50, Lehrer an der Kriegssakademie, sprach über: „Die Verbündungspläne Friedrichs des Großen in den beiden ersten Schlesischen Kriegen.“ Nach dem Vortrage zog der Kaiser Herrn Major v. Möller in eine längere Unterhaltung und sprach denselben seine Anerkennung aus. Hierauf fand in den unteren Räumen der Kriegssakademie ein Abendessen mit der sogen. „Friedrichsbowlie“ statt, an dem auch der Kaiser teilnahm.

[Die Unteroffizier-Prämien.] Ueber die Verhandlungen in der Sitzung der Budgetcommission vom Montag berichtet die „Frei. Blg.“: Die erste Hälfte der 2½-stündigen Sitzung wurde ausgefüllt durch einen Vortrag des Majors Gaede. Trotz aller Einzeländerungen in demselben gewann man den Eindruck, daß es der Regierung selbst nicht unzweifelhaft erscheint, ob sie den beabsichtigten Zweck erreichen wird, und ob die Prämien nicht manchen Unteroffizier veranlassen werden, früher abzugehen, als es sonst der Fall ist. Die Regierung selbst leugnet bestimmt, daß die Prämien auf die Avancementshäufigkeiten in den verschiedenen Besoldungsklassen der Unteroffiziere nachtheilig einwirken werden. Wenn dies aber nicht der Fall ist, so folgt daraus, daß die Prämien die Unteroffiziere tatsächlich nicht länger im Dienst halten werden als sie jetzt darin bleiben. Interessant war aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben, sehr gute Dienste zu leisten und ebenso als Zugführer bei Infanteriegruppen. Das seien aber ausnahmsweise Verhältnisse der Noth. Für dauernde Verhältnisse würde die halbe Zugehörigkeit zum Offizier-Corps, die Zwittersstellung Neubildungen hervorbringen. Die Stellung des Feldwebels in der Compagnie lasse sich im Frieden nicht mit derjenigen der Feldwebelleutnants in Beziehung setzen. Deshalb habe man für die Führung von Bügen s. B. die Vicefeldwebel geschaffen. Indes, es wäre ja die Frage, ob man nicht später auf den Gedanken zurückkommen werde, die Zahl der Zugführer aus dem Unteroffizierstande zu vermehren. — Man sieht aus dem Vortrage des Majors Gaede eine Neuigung über die Frage der Schaffung von Stellen von Feldwebelleutnants in Friedenszeiten, welche Abg. Richter in der vorhergehenden Sitzung aufgemoren hatte. Eine Durchsetzung des Offiziercorps durch Förderung von Unteroffizieren wies Major Gaede entschieden zurück. Den Gedanken aber, Feldwebelleutnants im Frieden zu ernennen, habe die Regierung schon in ernst Erwägung gezogen. Bei einer Mobilisierung vermögen die Feldwebelleutnants bei Infanteriebataillonen, so wurde angegeben

Das Duell zwischen Hindeldey und dem Herrn v. Kochow vom 10. März 1856, welches Hindeldey den Tod brachte, ist aus Anlaß des Todes von Kochow's wieder mehrfach erwähnt worden. Einen neuen Kommentar dazu gibt das „Kleine Journal“ aus Anlaß von Mitteilungen, welche Hans von Kochow nach einer Erörterung des Duells im Jahre 1888 zwei Redacteuren desselben auf seinem Schloß Plessow gemacht habe. Richtig ist danach, daß dem Duell die polizeiliche Auflösung eines hochadeligen Spielclubs im Hotel du Nord unter den Linden vorhergegangen ist. Neu aber ist die Behauptung, daß König Friedrich Wilhelm IV. selbst dem Polizeipräsidium befohlen habe, den Herrn von Kochow zum Duell zu fordern, weil dieser in seiner Beschwerde an den Minister von Westphalen über das Verhalten des ausländischen Polizeibeamten den Herrn von Hindeldey „der Lüge im Amt“ gegeben habe. Weiterhin erzählte Herr von Kochow nach dem „Kleinen Journal“ Folgendes: Hindeldey wollte gegen diesen Befehl des Königs Vorstellungen machen, aber der erkrankte Monarch, seines Gemüths nicht mehr mächtig, und bereits in der Idee gefangen, absoluter „Herr“ über das Leben seiner Untertanen zu sein, drohte dem Polizeipräsidium und blieb dabei, daß dieser Herrn von Kochow fordern müsse. Hindeldey war von dieser Scene tief erschüttert, er wandte sich an die Minister um Rath, aber diese waren angesichts des Zustandes des unglücklichen Königs selbst ratlos, und sie konnten nur danach trachten, das über den Monarchen hereingebrochene Schicksal vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Herr v. Hindeldey reiste seine Entlassung ein und — auf solche Weise gezwungen — forderte er Hans von Kochow. Herr von Kochow selbst verzweigte die Annahme der Forderung! — Vergebens! — Herr v. Hindeldey wagte nicht, dem seltsamen Befehle seines Monarchen noch einmal zu widersprechen, er ließ mehrmals durch den damaligen Geheimen Rath von Münchhausen die dringende Auflösung zum Duell dem Herrn von Kochow wiederholen, so daß dieser — auf solche Weise ebenfalls gezwungen — endlich nicht mehr ausweichen konnte und annehmen mußte. — Die Sache bedarf, wie die „Frei. Ztg.“ hervorhebt, einer weiteren Auflösung. In Streckfuß' „Geschichte von Berlin“ finden wir die Mitteilung, daß unmittelbar vor dem Duell Hindeldey einen Brief an den König geschrieben, in welchem er diesen um Verzeihung bat, daß er das Duell angenommen habe, ohne die königliche Genehmigung eingeholt zu haben. Nach obiger Darstellung von Kochow's soll dagegen der König schon damals, in März 1856, halb geisteskrank, den Polizeipräsidium von Hindeldey zum Duell gewogen haben.

Eine Art Wohlgemuth-Affaire! hatten sich die schweizerischen Blätter mit einem Bauführer Hangartner konstruiert, der nach seiner Angabe unter falschen Vorstellungen von Gendarmen auf deutsches Gebiet gelockt worden und vom Bürgermeister in Hohenbengen über eine Reuegung zur Rede gestellt worden sei, welche er auf Schweizer Boden über den Deutschen Kaiser gethan haben soll. Nun constatirt der „Berner Bund“, Hangartner habe allerdings beim Bundesrat Beschwerde geführt, der Fall selbst aber liege anders. Hangartner wurde auf dem Arbeitsplatz für den Brückenbau Kaiserstuhl beim Schloß Rötheln von deutschen Gendarmen erlöst, mit ihnen zum Bürgermeister von Hohenbengen zu kommen. Hangartner sei nicht über die Grenze gelockt worden, sondern befand sich im territorialen Raum des deutschen Strafgerichts, und seine Verhaftung, die in schonender Form vorgenommen wurde, könne vorläufig nicht Anlaß geben zu einer diplomatischen Intervention. Liegen keine Gründe vor für die Verhaftung, so müßte der Betreffende vor den deutschen Gerichten sein Recht suchen, und erst im Falle einer Rechtsverweigerung könnten weitere Schritte gethan werden.

(Eine exemplarische Strafe) ward am Sonnabend drei Rowdies aufgedictet, die in frecher Weise harmlose Leute belästigten und schließlich noch mit handelten. Der Maurer Karl Schuchmann und die Arbeiter Hermann Fries und Robert Dittmar wurden der dritten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich auf die Anklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu verantworten. Schuchmann ist schon mehrfach, zuletzt mit sieben Jahren Zuchthaus, Fries noch garnicht und Dittmar nur unbedeutend vorbestraft. Am Vormittag des Sonntags, des 7. September v. J., gingen der Tischler Förster und Drechsler Krißel in ruhigem Gespräch durch den Humboldthain, als sie sich plötzlich von einer Rotte Strolche umringt sahen. Einer der Letzteren verlangte von den beiden eine Flasche Schnaps, und da diese ihnen solchen nicht geben konnten, zehn Pfennige zum Kauf des Brantweins. Förster und sein Begleiter gaben Schuchmann, der sich erboten hatte, den Schnaps zu holen, das Geld und stürzten sich gegenseitig zu, sie wollten machen, daß sie fortkämen, denn hier hätte man es mit Zuhältern zu thun. Jedenfalls mußten die Beiden doch nicht vorsichtig genug gewesen sein und nicht leise genug gesprochen haben, denn die Strolche sagten zunächst Förster an und schlugen auf ihn ein, dann, als Krißel seinem Begleiter beispringen wollte, wurde auch er ergriffen und zu Boden geworfen. Durch das wütige Geschrei, welches entstand, wurden Übergehende angelockt und es kamen bis an die Ecke der Rügenerstraße nahe an tausend Personen zusammen, welche Partei gegen die Strolche nahmen, nachdem sie erfahren hatten, was sich getragen. Die Rowdies rannten nun auseinander, mehrere entkamen, die drei Angeklagten verkrochen sich in das Gebüsch, zogen die Messer, und namentlich Fries stach und schlug wie rasend um sich; trotzdem wurden sie überwältigt, tüchtig durchgeprügelt und dann den herbeigeeilten Polizeibeamten übergeben. Schon nachdem sie verhaftet waren, schimpften und bedrohten Dittmar und namentlich Fries diejenigen Personen, welche als Zeugen mit nach dem Polizeibureau gingen. Auch heute zeigten die Angeklagten sich frech und mißtun zurechtgewiesen werden; dem Antrag des Staatsanwalts Borchert gemäß verurtheilt sie der Gerichtshof je nach ihrer Beteiligung Schuchmann zu einem Jahr, Dittmar zu zwei und Fries zu drei Jahren Gefängnis. Von der Untersuchungshaft wurden je zwei Monate Gefängnis angerechnet.

Österreich-Ungarn.

Wien, 25. Januar [Das Testament des Dombaumeisters Schmidt.] Heute Mittags wurde beim Bezirksgerichte der inneren Stadt das Testament des verstorbenen Dombaumeisters publicirt. Dasselbe ist vom Testator eigenhändig geschrieben worden, enthält aber nur rein sachliche Bestimmungen bezüglich des allerdings nicht bedeutenden Nachlasses. Zu Universal-Erben wurden seine beiden Kinder eingesetzt. Der Nachlaß besteht aus einer Villa in Dornbach und in Papieren, welche ungefähr den gleichen Werth repräsentieren, wie die Villa. Diese und das Mobilier der Stadtwohnung wurden der Tochter des Verstorbenen, Frau Jarl, die Werthpapiere, dann die Pläne, Entwürfe,

Kleine Chronik.

Karl Stanzer, der bekannte Schweizer Maler, ist, wie schon gemeldet, am Sonntag in Florenz seinem schweren Leid, das seit einigen Jahren seinen Geist umnachtete, erlegen. Er wurde als der Sohn eines Bäckers zu Neuenegg im Kanton Bern am 1. September 1857 geboren. Etwa 15 Jahre alt, ging er nach München, trat dort bei einem Maler in die Lehre, zeigte aber bald so viel Talent, daß ihm der Theatermaler Duoglio in sein Atelier aufnahm. Ein Stipendium der Münchener Akademie ermöglichte ihm, diese fünf Jahre hindurch zu besuchen. Seine zeichnerische Durchbildung verdankt er dem dortigen Professor Raab, während er unter Leitung von Diaz und Löfftz malte. Gänzlich mittellos wandte er sich nach Ablauf der Stipendiaszeit 1881 nach Berlin, wo ihm von einem Münchener Studienfonds, dem Maler Katsch, Gastfreundschaft gewährt wurde. In diesem Atelier entstand das Porträt des Bildhauers Max Klein, welches ihn mit einem Schlag unter die ersten Porträtmaler stellte und ihm die kleine goldene Medaille eintrug. Dann folgte eine große Reihe Bildnisse berühmter Zeitgenossen: des Volksmannes Ludwig Löwe, des Juristen Goldschmidt, des Malers Graf Harrach, des Directors Adolf L'Arronge, und schließlich auf Bestellung der Nationalgalerie Gustav Freysing und, gelegentlich eines Sommeraufenthalts in Zürich, das Gottfried Keller's. Im Februar 1888 siedelte er nach Rom über.

Die berühmte Galerie Leuchtenberg, eine Sammlung von mehr als 250 der wertvollsten Gemälde, welche zum größten Theil durch Eugen Beauharnais während seines Bickeönigthums in Italien angekauft worden waren, wird nunmehr voraussichtlich ihre Stätte in der Kaiserlichen Akademie zu Petersburg verlassen, da sie nur bis zum Tode des Herzogs Nikolaus dort verbleiben sollte. Erst gelegentlich der Vermählung der Großfürstin Marie, Mutter des verstorbenen Herzogs, wurde die Galerie aus Bayern nach Petersburg geschafft, um nach dem Ableben der Großfürstin, als ihr Palais von der russischen Regierung angekauft wurde, in die Akademie überführt zu werden. Die Sammlung gehört zum Majorat Leuchtenberg's und fällt somit dem jüngeren Bruder des verstorbenen Herzogs Nikolaus anheim.

Bibliothek u. s. w. dem Sohne, dem Professor Heinrich Freiherrn von Schmidt, testiert. Außerdem enthält das Testament nur noch einige unwesentliche Legate. Der Schlafzimmers im November vorigen Jahres abgefahrene Testamente lautet ungefähr: Meine lieben Kinder! Gedenkt eures Vaters und behaltet blos in Erinnerung die glücklichen Stunden, die wir mit einander verlebt haben, streicht aus eurem Gedächtnisse die traurigen Momente und hältt euren Blick jederzeit offen für das Große und Schöne. Streitet nicht um Geld oder Geldeinswerth, denn diese verängelichen Dinge sind bedeutungslos; Bedeutung für den Menschen hat blos der Sinn für die Kunst und das Erfassen des Schönen. — Wie verlautet, hat Schmidt in den letzten Tagen vor seinem Tode den Wunsch geäußert, daß sich über seinem Grabhügel kein großes Denkmal erhebe. Sein Grab soll mit einer einfachen Platte, welche die Inschrift tragen soll, geziert werden. Diesem Wunsche wird entsprochen und bei der Beisetzung des Platzes für das Ehrengrab darauf Rücksicht genommen werden, daß auch ohne hohes Monument eine entsprechende Ausstattung möglich werde.

Wien, 25. Januar. [Die Leichenfeier für den verstorbenen Dombaumeister Schmidt] ging heute unter außergewöhnlich großer Beteiligung vor sich. Die Baugenossenschaften mit ihren Fahnen und Bannern, die technischen Vereine und die Künstlergenossenschaft folgten dem Sarge in corpore, der Minister v. Gauß, der Statthalter, der Landmarschall und der Polizeipräsident wohnten der Leichenfeier persönlich bei, die Kaiserin hatte den Obersthofmeister Freiherrn v. Nopcsa entsendet. Die Straßen, in welchen die Gasflammen brannten, waren von einer dichten Menschenmenge angefüllt. Am Grabe hielten der Oberbaurath Hasenauer und der Baurath Neumann Trauerreden.

Belgien.

a. Brüssel, 22. Januar. [Die Verfassungsrevision in der Deputiertenkammer. — Generalauftand. — Spende des Königs. — Internationales Bureau.] Am 29. d. M. werden die Abtheilungen der belgischen Deputiertenkammer die Frage der Verfassungsrevision erörtern und den Ausdruck zur Vorberathung derselben erwählen. Inzwischen haben bereits die einzelnen Fraktionen der Kammer ihre Stellung klar gekennzeichnet. Die liberalen Deputierten stimmen ohne Ausnahme für die sofortige Verfassungsrevision, sind aber durch die Engtheit der doctrinären Führer über das neue einzuführende Wahlrecht vollständig uneinig. Die clericalen Unabhängigen wollen in einer Verfassungsrevision nur willigen, wenn vorher über das einzuführende Wahlrecht eine Einigung erzielt ist. Die Rechte hat gestern darüber beraten, ist aber zu einem endgültigen Entschluß noch nicht gekommen. Nur nach einer Richtung waren alle clericalen Vertreter einig: Nur wenn die Linke sich über ein Wahlrecht geeinigt hat und nach erfolgter Prüfung durch die Rechte ein Einvernehmen zwischen beiden Parteien erzielt ist, kann von der Zustimmung der Rechten zu der Verfassungsrevision die Rede sein. „Wir röhren nur an dem Hause, wenn diejenigen, welche es einreisen wollen, uns den Plan für das neu zu erbauende Gebäude liefern“, so klang es von allen Seiten. Und wenn die Linke sich über das von ihr geplante Wahlrecht nicht einigt und dadurch die Verwerfung der Verfassungsrevision herbeiführt, so trägt auch die Linke allein die Schuld daran. Mit dieser nicht ungeschickten Politik hofft die Rechte die Verfassungsrevision und die damit verbundene Kammerauflösung zunächst zu umgehen. Allerdings wird diese Politik den Ausbruch des Generalauftandes, welchen die Arbeiterpartei mit unglaublicher Rücksicht besonders in den Kohlenbezirken vorbereitet, nicht hindern. Die Schließung zahlreicher Metallwerke, die Gährung der mit Lohnkürzungen bedrohten Bergleute, die durch den harten Winter zunehmende Zahl brodelnder Arbeiter — in Boom bei Antwerpen feiern jetzt allein 8000 Siegelsbrenner — kommen den Arbeitsschäfern bei ihren Agitationen für den Generalauftand zu Statten.

Der König hat für die Antwerpener Hafenarbeiter, deren Lage immer trauriger wird, 10000 Francs gespendet. — Die Kammer hat den Etat des auswärtigen Amtes unverändert genehmigt. Nach den hierbei abgegebenen ministeriellen Erklärungen wird demnächst das neue internationale Bureau für die Veröffentlichung der Zolltarife in Brüssel eröffnet.

Provinzial-Bestlung.

Breslau, 27. Januar.

* Die Feier des Geburtstages des Kaisers wurde gestern Abend durch großen Zapfenstreich eingeleitet, welcher von den Musikcorps, sowie den sämtlichen Spielleuten der Infanterie der hiesigen Garnison ausgeführt wurde. Heute früh fand große Revue statt. In den hiesigen evangelischen und katholischen Kirchen, sowie in den Synagogen wurden Festgottesdienste, für die Truppen in der Kreuzkirche und in der Barbarakirche abgehalten. Die öffentlichen Gebäude und sehr zahlreiche Privathäuser haben reichen Fahnenschmuck angelegt, und die Denkmäler auf dem Ringe und Blücherplatz tragen Gewinde aus Tannenzweigen. Dem Verkehr in den Straßen ist durch die den verschiedensten festlichen Veranstaltungen eilenden Herren und Damen, die Offiziere und Mannschaften in Paradeuniform, die fröhlichen Gesichter der Schuljugend, denen in feierlichen Reden die Bedeutung des Tages zu Herzen geführt wurde, ein festliches Gepräge aufgedrückt; besonders erregten die in vollem Wuchs mit entfalteten prachtvollen Fahnen zur Universitätsfeier fahrenden Chargirten der Corporationen der Studentenschaft die Aufmerksamkeit der Passanten. Das Wetter ist bisher das denkbar günstigste. In der Mittagsstunde

zwischen 12 und 1 Uhr eröffneten vom Rathausthurme patriotische Weisen, und dazwischen rollten vom Stadtgraben her die Schüsse der dort aufgestellten Salutbatterie, die mit ihrem Kaisergruß zu dem Zeitpunkte (um 12½ Uhr) begann, in welchem im Exercierhause der Kaserne am Stadtgraben der commandirende General v. Lewinski die Parole ausgab.

mp. Verein für Schulreform, Ortsgruppe Breslau. Die jahrgangsgemäße Hauptversammlung stand am 22. d. M. in Weichert's Restaurant statt. Da der Vorsitzende durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde die Versammlung vom Schriftführer eröffnet, welcher zunächst einen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr gab. Sodann legte der Kassenwart Rechnung ab und erhielt von der Versammlung Entlastung. Die darauf folgende Neuwahl des Vorstandes ergab die Wahl des Herrn Dr. med. Cramer, Amtsrichter Dr. Freund, Oberlehrer Dr. Gärtner (Vorsitzender), Buchhändler Jünger (Kassenwart), ordentlicher Lehrer an der kath. höh. Bürgerliche Dr. Kunz und Gymnasiallehrer Wetkamp (Schriftführer). Als Vertreter für den Ausschuß des Gesamtvereins wurde Dr. Gärtner wiedergewählt. An Stelle des Vorsitzenden übernahm sodann der Schriftführer den Bericht über die Entwicklung der Schulreformfrage seit Einberufung der Schultagessession. Boller Verzagtheit haben die Freunde einer modernen Schulreform den Berathungen der Conferenz entgegengesehen, als nach und nach die Namen der Einberufenen bekannt wurden und es sich zeigte, daß vier Fünftel derselben zu den entschiedenen Vertretern der alten Richtung gehörten. Da habe der Kaiser persönlich in der Gründungsitzung mit scharfen Worten das herrschende System verurtheilt; seine Worte, daß wir nicht Griechen und Römer, sondern nationale junge Deutsche erziehen wollen, und daß es mit der allgemeinen Geistesgymnastik nicht gehan sei, daß vielmehr die Erziehung der Jugend die Rückicht auf das moderne praktische Leben nicht vernachlässigen dürfe, haben begeisterten Widerhall gefunden in den Herzen aller Schulreformfreunde, denn kurz und bündig seien in diesen Worten die Grundsätze ausgesprochen, welche sich der Verein für Schulreform zur Richtschnur genommen habe. Diese freudige Erregung sei allerdings gedämpft worden durch die Beschlüsse der Commission, die sich zwar überall als unter dem mächtigen Einfluß der kaiserlichen Retteinstanden zeigen, die aber auch nicht verkehren lassen, daß sie von Vertretern der alten Richtung gefaßt sind. Indem der Vortragende sodann die wichtigsten Resultate der Berathungen einer längeren Besprechung unterzog, zeigte er, daß dieselben zwar zum großen Theile im Gegensatz zu den Beiträgen des Vereins standen, daß es aber doch ganz und gar nicht angebracht sei, darum nutzlos die Flinte in's Korn zu werfen. Einige der Beschlüsse lügen vollständig im Rahmen der Vereins-Bestrebungen, andere würden durch Verjährung der jetzt schon beklagten Missstände (Ueberfüllung der gelehrten Berufe, zu frühe Entscheidung über die Wahl der Schule z.) dem Vereine, wenn er auch zunächst einige Einbuße erleiden sollte, bald viele neue Freunde zuführen. Unter den veränderten Verhältnissen müsse der Verein jetzt andere Wege einschlagen, die große Menge der Gedanken müsse immer mehr, als es bis jetzt möglich gewesen wäre, mit den Bestrebungen des Vereins bekannt gemacht werden und im Uebrigen müsse man die tatsächlichen Verhältnisse wirken lassen. „Lasst Sie“, so schloß der Vortragende, „den Mut nicht sinken, kämpfen Sie mit uns weiter für die Ausbreitung der von uns als richtig erkannten Prinzipien, so wird in nicht allzuferner Zeit das alte System, in welches jetzt schon Breche geführt ist, vollends fallen und unsere Sache zum unausbleiblichen Sieg geführt werden.“ — Die Versammlung gab durch lebhafte Beifall dem Vortragenden ihre völlige Zustimmung zu seinen Ausführungen zu erkennen. Im weiteren Verlaufe der Handlungen wurde ein möglichst enges Zusammendarbeiten mit dem Realchulmännerverein für wissenschaftliches Studium erklärt und die Anschaffung der stenographischen Berichte über Sitzungen der Schulcommission für die Bibliothek beschlossen.

* Zur Hochwasser-Gefahr. Die Arbeiten, welche erforderlich sind, um den Gefahren des Eisgangs und Hochwassers nach Möglichkeit vorzubeugen, werden fortgesetzt. Heute früh war der Wasserstand der Ober-Breslau im Maximum nur um 10 Centimeter höher als der niedrigste Stand unmittelbar vor Eintritt des jüngsten Tauwetters. Dasselbe ist bisher glücklicherweise nicht anhaltend mit so starken Regengüssen verbunden, wie es eingefordert hatte, und da in Folge des vorhergehenden beständigen und sehr trocken Trockenwetters ohnedies das Wasser knapp geworden war, so können unsere städtischen Flusläufe noch bequem das Schmelzwasser fassen, und es läßt sich hoffen, daß ernstliche Hochwassergefahren bei uns nicht eintreten. Von den Vorsichtsmassregeln, die jedoch für alle Fälle getroffen werden, ist zu erwähnen, daß bereits am 24. d. M. in Glogau eine Conferenz abgehalten worden ist, in welcher Vertreter der Militärbehörde (der Stadtcommandant, Generalmajor Freiherr von Keyserlingk, der Commandeur des Niederschlesischen Pionier-Bataillons Nr. 5, Oberstleutnant von Hoffmann, und andere Offiziere) und der beteiligten Civilbehörden (der Regierungspräsident von Breslau, Prinz Handorf, mit einigen Räthen, die Wasserbaubeamten von Crossen, Glogau und Steinau, der Meliorations-Baubeamte, Regierungsrath von Münstermann, Vertreter der Staatsbauverwaltung und der stellvertretende Reichsbauhauptmann des Aufhalt-Carolath's Deichverbandes, von Schlichting) eine umfassende Organisation des Hilfs- und Rettungsdienstes bei eintretendem Hochwasser und Eisgang berathen und festgestellt haben. In dieser Conferenz wurde, wie der „Niederschles. Anz.“ berichtet, zunächst auch festgestellt, daß zur Zeit an keinem Orte Anlaß zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen vorliege, immerhin aber alle Vorbereitungen zur sofortigen militärischen Unterstützung getroffen werden müssen, um die Entsendung von Hilfscommandos binnen kürzester Frist zu ermöglichen. Alles auf diese Vorbereitungen Bezugnahme wird eingehend durchgesprochen, um namentlich zu ermitteln, was an Sprengmaterial und dergleichen an Ort und Stelle vorhanden ist, wieviel für die einzelnen Punkte mitzubringen wäre und wieviel die Civilbehörden die Sorge für Beleidigung deselben übernehmen, um so dem militärischen Eingreifen in wirklicher Weise vorzuarbeiten. — Ein Pioniercommando mit vier Pontonbauten ist gestern früh auf Befehl des Generalcommandos des fünften Armee-corps von Glogau nach Breslau abgegangen, um dort sowie im weiteren Bereich des Potener Regierungsbezirks Hilfe zu leisten. Drei andere Commandos stehen mit dem ersten Bataillon Material bereit, um bei etwaigen Anträgen der beteiligten Civilbehörden sofort an bedrohten Stellen des Regierungsbezirks Eingriff in Thätigkeit treten zu können. — Über die vom Regierungspräsidenten von Oppeln getroffenen Maßregeln ist bereits eingehend berichtet worden.

befand, wurde, wie bereits erwähnt, ein Raub der Flammen, sofern die mit grüner Seide bezogenen kostbaren Möbel, wertvolle Gemälde, eine Menge Porträts, zahlreiche Röpkesgegenstände, Silberzeug, Kunstobjekte, Bücher, Papiere, ein kostbarer Flügel z. Dagegen ist der sehr wertvolle Schmuck der Kronprinzessin, der sich im Nebenzimmer befand, vollständig gerettet. Über die Entstehung des Feuers ist noch nichts festgestellt.

Der russische Lieutenant Winter, der seiner Angabe nach zu Fuß von der preußisch-russischen Grenze nach Paris gekommen ist, wird dort als ein „Held“ gefeiert und zu russisch-französischen Kundgebungen benutzt, wobei es nur stören ist, daß dieser Offizier außer der russischen nur der deutschen Sprache mächtig ist, so daß die Unterhaltung mit seinen französischen Göntern mittels eines Dolmetschers stattfinden muß. Der Director des „Matin“, Herr Edwards, der den Lieutenant Winter besonders in sein Herz geschlossen hat, hatte ihm zu Ehren ein glänzendes Mahl veranstaltet. Es fand in dem Restaurant Marguery statt. Die Zahl der eingeladenen betrug 75. Der Director des „Matin“, Herr Edwards, hatte zu seinen Rechten den Minister des Innern Constant, zu seiner Linken den Handelsminister Jules Roche. Herr Edwards gegenüber saß der Held des Matins, Lieutenant Winter, in der Gala-Uniform seines Regiments; sein Nachbar zur Rechten war der Unterstaatssekretär der Kolonien Etienne, sein Nachbar zur Linken der Generaldirektor im Ministerium des Innern Demagny. Unter den anderen Gästen befand sich der „Prinz“ Ahmadou, ein Sohn des Negersfürsten. Begeisterzte Trinkprünke auf Rusland, auf Frankreich und auf die russisch-französische Freundschaft wurden ausgebracht. Nach dem Essen fand eine musikalische Abendunterhaltung statt, bei der die ersten Kräfte der Pariser großen Oper und des Theater Francais, sowie die russischen Sänger und Tänzertruppe Iwanow mitwirkten. Den Schluss bildete die russische Nationalhymne, die alle Anwesenden stehend anhörten.

Theater-Notiz.

In Frankfurt a. M. wurde am Sonnabend ein neues Schauspiel von Paul Lindau: „Die Sonne“, gegeben und beständig aufgenommen. Es ist ein Tendenzstück gegen Italien, aber es wird getadelt, daß diese Tendenz mehr in Reden als durch die Haltung zur Geltung kommt. Doch hilft der geistvolle Dialog über die Schwäche der Handlung hinweg.

